

## „Werdet nicht starr!“

Der neue Erzbischof von Canterbury, Dr. *Coggan*, hielt eine Art goldenen Mittelweg. Ohne sich für einen der Anträge auszusprechen, ermahnte er zur Toleranz: „Werdet nicht starr!“ Die Kirche müsse offen bleiben für neue „Offenbarungen“(!) und Wahrheiten. Er erzählte dann von einigen bewährten Frauen, die ihren kirchlichen Seelsorgsdienst mit priesterlicher Begabung erfüllen. Man dürfe solche Erfahrungen nicht geringachten, sondern müsse ihnen einmal Rechnung tragen. Darum sei in dieser Diskussion, die „eine der größten Stunden der Kirche“ werden könne, eine „große und geschickte Staatsmannschaft“ geboten. Die Abstimmungen gaben ihm die Chance, auf die er wohl gewartet hatte.

Zuerst wurde darüber abgestimmt, daß es „keine fundamentalen Einwände gegen eine Ordination von Frauen zum Priesteramt“ gebe. Ergebnis: im Haus der Bischöfe stimmten 28 dafür und nur 10 dagegen, im Haus der Kleriker 110 dafür und 96 dagegen bei 2 Enthaltungen, im Haus der Laien 117 dafür und 74 dagegen bei 3 Enthaltungen. Darauf brachte der Leitungsausschuß seinen Antrag ein, für unbestimmte Zeit die Hindernisse gegen eine Priesterweihe von Frauen nicht aufzuheben. Ergebnis: 19 Bischöfe dafür, 14 dagegen bei einer Enthaltung, 127 Geistliche dafür (!) und 74 dagegen. Aber die „Rebellion der Laien“ brachte mit 96 zu 80 Stimmen den Antrag zu Fall. Die Synode war über diese Niederlage bestürzt. Ein Gegenantrag, die Hindernisse jetzt aufzuheben, fand wieder bei den Laien eine Annahme mit 101 zu 64 Stimmen, während die Bischöfe 15 zu 15 votierten und die Kleriker sich mit 108 zu 78 Stimmen dem Antrag widersetzten.

## Ein kluger Ausweg?

In dieser Lage kam ein Antrag eines Kanonikus den Ratlosen zu Hilfe. Mit überwältigender Mehrheit wurde entschieden, die praktische Regelung

der Frage *in die Hand der Bischöfe* zu legen. Die sollten zu gegebener Zeit das Erforderliche tun, nachdem sie Gespräche mit der römisch-katholischen und mit der orthodoxen Kirche geführt haben. Mit dieser Lösung war Erzbischof *Coggan* offensichtlich zufrieden. Er geht nun mit gebundenen Händen in die Verhandlungen. „Church Times“ nannte dies einen „typisch anglikanischen Kompromiß“. Erst danach verlas mit Erlaubnis von Dr. *Coggan* der Bischof von Chelmsford, *J. Trillo*, einen Brief von Kardinal *Willebrands*. Dieser gab der Kirche von England den Rat, die strittige Frage mit der römisch-katholischen Kirche zu erörtern, „solange die Dinge noch unter Kontrolle bleiben“. Der Eindruck einer römischen Intervention wurde auf diese Weise vermieden. Der Leitartikel von „Church Times“ zum Ergebnis der Debatte ließ erkennen, daß inzwischen die Entwicklung wei-

tergehen werde, so daß auf die Dauer, spätestens auf der Lambethkonferenz von 1978, die Entscheidung für eine Durchführung der Grundsatzentscheidung fallen werde.

Aus dem voreilig präjudizierten Unternehmen ist nun eine Sache kirchenpolitischer Spekulation geworden, bei der sich „die schweigende Mehrheit“ der betroffenen Frauen, wie der Synodenbericht der „Church Times“ bemerkte, ihre eigenen Gedanken über die von Männern beherrschte Kirche machen würden. Diejenigen, die im „Jahr der Frau“ eine Entscheidung für die Priesterweihe von Frauen forcieren wollten, haben nicht bedacht, daß man erst einmal die volle Übereinstimmung über das priesterliche Amt mit der Kirche von Rom zur Anerkennung der anglikanischen Weihen hätte erzielen sollen. Ob dieses Ziel nun erreichbar ist, erscheint vorerst fraglich. *J. P. M.*

## Portugals Kirche zur politischen Entwicklung des Landes

„Wir melden gegenüber dem revolutionären Prozeß, so wie er sich in der letzten Zeit entwickelt hat, ernsthafte Vorbehalte an und äußern die Befürchtung, daß man sich auf dem Wege zu einem unerwünschten Totalitarismus befinden könnte“ (vgl. KNA-Dokumentation, 22. 7. 75). Mit dem Hirtenbrief vom 14. Juni, dem dieses Zitat entnommen ist, brach die Portugiesische Bischofskonferenz seit den Wahlen im April erstmals ihr Schweigen und machte damit den Gläubigen wie den Regierenden ihre Position in der innenpolitischen Auseinandersetzung deutlich. Das Hirtenschreiben wurde anlässlich der letzten Vollversammlung der Bischofskonferenz in Fatima verfaßt und enthält eine umfassende Beurteilung der politischen Entwicklung des Landes nach dem Machtwechsel am 25. April 1974.

Es wurde aus der Einsicht in die Notwendigkeit geschrieben, „die eigenen

Verantwortlichkeiten zu übernehmen und die Verpflichtungen gegenüber unserem Staat zu erfüllen“. Zur Motivation des Hirtenbriefs heißt es außerdem: „Der Vorwurf, der uns insgeheim zu anderer Zeit gemacht wurde, verpflichtet uns zu der Frage, ob unser Schweigen von heute morgen nicht gerügt werden könnte.“ Auf innerkirchliche Kritik gestoßen ist eine sich unmittelbar anschließende nachträgliche Bewertung des Regierungsumsturzes vom April 1974. Danach hat die Kirche in Portugal „mit hoffnungsvoller Erwartung die am 25. April ausgelöste Revolution begrüßt“. „Unmittelbares Zeugnis“ dafür gebe die — in vollem Wortlaut zitierte — kurze Erklärung vom 4. Mai 1974, in der es heißt: „Wir fühlen wie das ganze Volk die Ängste und Hoffnungen der gegenwärtigen Stunde, und mit ihm bemühen wir uns im Rahmen unserer Zuständigkeit um den Aufbau einer Gesellschaftsordnung, die auf der

Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Liebe und dem Frieden begründet ist.“ Beobachter verweisen in diesem Zusammenhang darauf, daß die portugiesischen Bischöfe die Innenwie die umstrittene Überseepolitik Marcello Caetano bis zu dessen Sturz widerspruchslos geduldet, wenn nicht gar gebilligt hatten und der „Revolution“ von Anfang an (wie aus der Erklärung vom 4. Mai deutlich hervorgeht) durchaus abwartend gegenüberstanden.

## Bekenntnis zum Rechtsstaat

Diese nachträglich vorgenommene historische Kurskorrektur ausgenommen, stellt das Hirtenschreiben ein klares Bekenntnis zu den christlichen Prinzipien und den Grundlagen eines Rechtsstaats sowie eine ebenso klare Absage an die jüngsten politischen Entwicklungen in Portugal dar. Während sich die Werte der Revolution zunächst „zum großen Teil in Übereinstimmung mit dem Evangelium und dem sozialen Gedankengut der Kirche“ befunden hätten, könne „schon jetzt beobachtet werden, daß mehr von Säuberung und Überwachung die Rede ist als von Freiheit“. Die Bischöfe bedauern die Verletzung der Menschenrechte, verurteilen „das anarchische Zerstören von Strukturen und Einrichtungen“ und beklagen „das Klima der persönlichen Unsicherheit, der Einschüchterung und der Angst vor der Zukunft“. Beunruhigend seien auch konkrete Pläne der Regierung, die sich am Gesellschaftsaufbau der totalitären kommunistischen Regime Osteuropas orientierten. Allgemein warnen die Bischöfe vor der „Revolution, die sich weder einschätzen noch beschränken kann — die die Konterrevolution erzeugt“. Trotzdem sind die Bischöfe der Auffassung, daß es „bei rechtzeitiger Beachtung der erwähnten Fehler und Verzerrungen noch möglich ist, in Freiheit und Frieden eine neue, den wirklichen Interessen dieses Volkes angemessene Gesellschaftsordnung aufzubauen“.

In den Wochen nach der Veröffentlichung dieses Hirtenbriefs überstürzten sich die politischen Ereignisse in Portugal. Zwar riefen einzelne Ortsbischöfe ihre Diözesanen zu gewaltlosen Demonstrationen auf; die Bischofskonferenz in ihrer Gesamtheit äußerte sich auf dem Höhepunkt der politischen Auseinandersetzung nicht. Wie aus der Umgebung des Lissaboner Patriarchen, Kardinal *Antonio Ribeiro*, bekannt wurde, hat sich dieser mit Nachdruck um direkte Kontakte mit der Regierungsspitze bemüht, sei am 3. April von Premierminister *Gonçalves* und einmal auch „widerstrebend“ und „auf unwürdige Weise“ von General *Otelo Carvalho*, dem Chef des militärischen Sicherheitsdienstes Copcon, empfangen worden.

## Konfrontation durch Kundgebungen

Die eigentliche Konfrontation zwischen Kirche und Regime findet inzwischen auf einer anderen Ebene statt: Das Beispiel der von Sozialistenführer *Mario Soares* initiierten Massenkundgebungen hat Schule gemacht. Vor allem im Norden Portugals sammeln sich oppositionelle, überwiegend antikommunistische Kräfte, unter ihnen die Katholiken. Seitdem Angehörige der kommunistischen Partei am 10. August bei einer friedlichen Kundgebung von rund 20 000 Katholiken in der nordportugiesischen Stadt Braga des Feuer eröffneten — etwa 20 Menschen wurden durch Steinwürfe und Schüsse verletzt —, drohen auch die von Katholiken organisierten Demonstrationen, zum Teil aufgestachelt von militanten Antikommunisten, in Straßenkämpfe, Häuserplünderung und Zerstörung auszuarten. Dagegen waren die Großdemonstrationen in Aveiro, Bragança und Coimbra friedlich verlaufen.

Am 13. August, einem traditionellen Gebetstag in Fatima, versammelten sich 300 000 Gläubige in dem Wallfahrtsort zum Gebet für den Frieden und für einen Ausweg aus der politischen Krise. An dem 13stündigen Gebet nahmen auch an ihrem Partei-

abzeichen erkennbare Kommunisten und Sozialisten teil. Die Gebetsfeier verlief ohne jede politische Kundgebung.

Obwohl die Bischöfe sich erst spät gemeinsam zu Wort meldeten, hatten einzelne Bischöfe bereits vor und unmittelbar nach der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung am 25. April vor der jetzigen Entwicklung gewarnt. Der Bischof von Porto, *Antonio Ferreira Gomes*, der unter Präsident Salazar 10 Jahre in der Verbannung leben mußte, gab bereits im Januar seiner Befürchtung Ausdruck, der „Diktatur von rechts“ folge unter *Vasco Gonçalves* eine „Diktatur von links“. Der Staatsstreich allein reiche nicht aus, schrieb Gomes zum Welttag des Friedens. Jetzt bedürfe es einer „moralischen Revolution“. Ende März prophezeite der Bischof von Porto in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP eine Periode der Gewalt und eine unausweichliche Wirtschaftskrise für Portugal. Unter dem Vorwand, den Sozialismus einführen zu wollen, trachteten die Militärs danach, die „Freiheit zu liquidieren“. Für die Kirche sei aber nur eine Form des Sozialismus akzeptabel, die die Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Gesellschaftsgruppen wirkliche und die Freiheit der Bürger gewährleiste. Negativ bewertet Bischof Gomes auch die von Einheiten der Armee unter der weitgehend alphabetischen Landbevölkerung eingeleitete „staatsbürgerliche Aufklärungskampagne“. Ohne sich für die wirklichen Bedürfnisse der Bauern zu interessieren, nutzen die mit der Aktion befaßten Militäreinheiten nach seiner Auffassung diese Gelegenheit nur, um im Sinne ihrer marxistischen Auffassung zu agitieren. In seiner Osterpredigt hatte Gomes erklärt, die portugiesische Revolution gleite in Gewalttätigkeit und Menschenmord ab. Er warf der Regierung vor, sie sei bereit, „auszurotten und zu töten, um der Menschheitsbeglückung willen“.

Daß die Kirche angesichts der gegenwärtigen Entwicklung auch starken inneren Spannungen ausgesetzt ist, ist

bekannt. Der politisch als „konservativ“ geltende Bischof *João Antonio da Silva Saraiva* von Coimbra rief die Katholiken bei einer Demonstration am ersten Wochenende im August auf, um jeden Preis die Einheit zu wahren. Den Plänen des „starken Mannes“ in Portugal, General Carvalho, müsse die Kirche ein entschlossenes, furchtloses Nein entgegenzusetzen. Bischof Silva hat sich verschiedentlich an Staatspräsidenten *Costa Gomes* gewandt und die Sicherung der Informations- und Meinungsfreiheit gefordert.

### Der Streit um Radio Renascença

Der gegenwärtige Konflikt zwischen dem Regime und der katholischen Kirche des Landes brach offen aus, als der Revolutionsrat in Lissabon am 3. Juni ankündigte, der kircheneigene Rundfunksender „Radio Renascença“ werde verstaatlicht. Nach monatelangen scharfen Auseinandersetzungen

hatte eine Gruppe linksradikaler Arbeiter und technischer Angestellter im Februar den Lissaboner Sender besetzt. Zu dem Konflikt war es gekommen, als sich die Verwaltung geweigert hatte, nach dem Militärputsch ohne Berufung oder Vertrag in die Redaktion eingeschleuste linksextreme Journalisten weiter zu beschäftigen. Die im Zusammenhang mit einem vorangegangenen Streik von dem Sendepersonal erhobene Forderung nach Verstaatlichung des Senders hatten die Bischöfe mit der Begründung abgelehnt, die Radiostation stelle für die katholische Kirche Portugals ein unverzichtbares Medium der Verkündigung dar.

Am 1. Juli wurde nach wiederholten scharfen Protesten der Bischofskonferenz, der Sendeleitung und der Sozialistischen Partei von regierungsmittlicher Seite mitgeteilt, „Radio Renascença“ werde an den Episkopat zurückgegeben. Zwei Tage später folgte dann der Beschluß des Revolutionsrates, die Sendestation einer Militär-

kommission zu unterstellen, die jedoch den bisherigen Eigentümern, den Bischöfen, volle Freiheit bei der Programmgestaltung gewähren solle. Die Kirche hat sich mit dieser Kompromißlösung nicht einverstanden erklärt. Tausende von portugiesischen Katholiken forderten bei Kundgebungen und durch Petitionen an die Regierung die Rückgabe des Kirchsenders. Bisher sind jedoch alle Eingaben und Proteste der Kirche ohne Erfolg geblieben.

Auf ein gemeinsames Vorgehen kann sich der portugiesische Episkopat in der augenblicklichen politisch verworrenen Lage offenbar nicht einigen. Anders als im Nachbarland Spanien steht ein eher unpolitischer, zurückhaltender Mann an der Spitze der Bischofskonferenz. Kardinalpatriarch Ribeiro hatte sich Anfang April für Toleranz und Fairneß im Wahlkampf ausgesprochen. Seitdem hat er sich außer im Namen der gesamten Bischofskonferenz nicht mehr öffentlich geäußert.

G. B.

## Interview

# Verkürzen die Religionsbücher den Glauben?

## Ein Gespräch mit Günther Weber

*Innerhalb der letzten Jahre ist eine ganze Reihe von Unterrichtswerken für den Religionsunterricht neu erschienen. In ihnen spiegelt sich in unterschiedlichem Ausmaß die gewandelte Situation in Theologie, Kirche und Schule. Die wichtigsten Neuerscheinungen für die Grundschule sind im katholischen Raum die Bücher „Wie wir Menschen leben“ (Günther Weber, Verlag Herder Freiburg), die ab 1972 erschienen und nunmehr bereits zwei Schuljahre in Gebrauch sind; das im Verlag Auer, Donauwörth, erschienene „Religionsbuch“ (überarbeitete Lizenzausgabe eines bereits 1971 in Österreich erschienenen Werkes); und schließlich das unter Federführung des Deutschen Katechetenvereins seit 1974 erscheinende Unterrichtswerk „Exodus“ (Kösel Verlag). Im evangelischen*

*Bereich ist die Vielfalt eher noch größer; hier sind die verbreitetsten neuen Bücher: Arbeitsbuch: Religion (hrsg. von Ingo Baldermann, Dietrich Steinwede u. a.), Bagel Verlag; Aufbruch zum Frieden (hrsg. von H. Grewel, W. Hartmann u. a.), Crüwell Verlag; Botschaft und Glaube (hrsg. von Karin Bornkamm, Heinz Kittel u. a.), Crüwell Verlag; Religion: Bilder und Wörter (hrsg. von Hans-Dieter Bastian, Klaus Wegenast u. a.), Pro Schule Verlag. Die einzelnen Bücher sind theologisch und religionspädagogisch recht unterschiedlich akzentuiert. Diese Pluralität scheint sich (wenn auch Qualitätsunterschiede keineswegs übersehen werden können) zugunsten des Religionsunterrichtes auszuwirken, soweit sich das bisher absehen läßt. Die Konkurrenz-*